

Haushaltsrede im Stadtrat vom 11.12.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wertvolle Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, liebe Bürgerinnen und Bürger von Neuwied,

wir beraten heute den **Haushalt für das Jahr 2026**. Ein Haushalt ist mehr als nur eine Ansammlung von Zahlen. Er ist das in Ziffern gegossene Spiegelbild der politischen Prioritäten in unserer Stadt.

Betrachtet man die reinen Zahlen, so hat sich der Jahresüberschuss auf 4.512.000 € erhöht.

Erst einmal ist dies ein gutes Ergebnis.

Dennoch macht die Stadt auch im Haushaltsjahr 2026 voraussichtlich Schulden von rund 25 Millionen Euro.

Und wenn wir uns diesen Entwurf ansehen, dann sehen wir ein Spiegelbild der Ratlosigkeit und des "Weiter-so", das den Ernst der Lage verkennt.

Die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land, und auch hier in Neuwied, spüren es täglich:

Die fetten Jahre sind vorbei. Inflation, explodierende Energiekosten und eine verfehlte Wirtschaftspolitik auf Bundes- und Landesebene fressen die Einkommen auf. Der Mittelstand, das Rückgrat unserer Deichstadt, ächzt unter Bürokratie und Abgabenlast. Ich darf an dieser Stelle auf die Planung der neuen Parkraumbewirtschaftung und der damit verbundenen Mehrkosten für die Bürger verweisen.

Und was ist die Antwort dieses Haushaltsentwurfs auf diese Krise?

Die Antwort lautet: Schulden, unrealistische Einnahmeerwartungen und Ausgaben für Dinge, die wir uns schlichtweg nicht mehr leisten können. In 2026 ist ein Finanzmittelfehlbetrag von rund 13.600.000 € erwartet.

Was die neue Grundsteuer angeht, gibt es die ersten Gerichtsentscheidungen dazu, dass eine höhere Grundsteuer für Gewerbe rechtswidrig ist. Ich darf hier auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen verweisen. Genau dieses Konstrukt ist aber eine der tragenden Säulen, auf der unsere Grundsteuerreform basiert.

Wir als AfD-Fraktion haben einen klaren Kompass für die Kommunalpolitik:

Wir stehen für Realitätssinn statt Wunschdenken. Wir stehen für die Konzentration auf die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge. Und wir stehen kompromisslos auf der Seite derer, die diesen Laden mit ihren Steuern und Abgaben am Laufen halten.

Lassen Sie mich drei zentrale Kritikpunkte an diesem Haushalt benennen:

Erstens: Die Ausgabenprioritäten sind falsch gesetzt. Wir leisten uns in Neuwied nach wie vor zu viele "Wohlfühlprojekte" und ideologisch motivierte Ausgaben, während die Substanz bröckelt. Schauen wir uns doch in unserer Stadt um: Der Zustand mancher Straßen und Gehwege ist eine Zumutung. Die Sauberkeit im öffentlichen Raum lässt in vielen Ecken zu

wünschen übrig. Das hören wir bei jeder Bürgersprechstunde in diesem Rat. Die Ausstattung unserer Schulen und Kitas hinkt den Notwendigkeiten oft hinterher.

Das sind die Kernaufgaben einer Kommune! Hier müssen die Mittel hinfließen. Stattdessen sehen wir im Haushalt immer wieder Positionen für kostspielige Klimaschutzkonzepte, deren lokaler Effekt fragwürdig ist, oder für sogenannte "gesellschaftspolitische Projekte", die außer Symbolpolitik wenig bewirken. Alleine in das Projekt Klimawandel Anpassung soll auch im kommenden Jahr ein Betrag von 31.500 € fließen. Wir entscheiden heute über die Beschaffung von Durchfahrt sperren in einem Volumen von 1 Million Euro.

Sicherlich ist es wichtig, unsere Bürger zu schützen, Durchfahrtsperren helfen allerdings nur die Wirkung zu beseitigen, nicht aber die Ursache.

Wenn das Geld knapp ist – und es ist knapp! –, dann muss man sich auf das Wesentliche konzentrieren: Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und eine funktionierende Infrastruktur. Alles andere ist Luxus, den wir uns erst wieder leisten können, wenn die Kassen gefüllt sind.

Zweitens: Die Belastung durch die verfehlte Migrationspolitik. Man kann über den kommunalen Haushalt 2026 nicht sprechen, ohne den Elefanten im Raum zu benennen: Die enormen finanziellen und sozialen Folgekosten der anhaltenden Massenmigration.

Bund und Land bestellen, aber die Kommunen – wir hier in Neuwied – sollen die Zeche zahlen. Wir sehen es bei den Kosten für die Unterbringung, wir sehen es bei der Überlastung unserer sozialen Dienste, und wir sehen es bei den Integrationskosten, die uns Jahr für Jahr mehr belasten.

Alleine die Kostenbeiträge für finanzielle Hilfen für Asylbewerber liegen im kommenden Haushaltsjahr bei rund 11 Millionen €, von dem zugegebenermaßen ein Teil durch den Landkreis Neuwied refinanziert wird. Dennoch führt dies zu einem Jahresfehlbetrag im kommenden Haushaltsplan von rund 900.000 €.

Dieser Haushalt spiegelt die Wahrheit wider: Wir sind an der Belastungsgrenze angekommen – finanziell und gesellschaftlich. Es reicht nicht, wenn der Oberbürgermeister Brandbriefe nach Mainz schreibt, wenn sich an der Realität vor Ort nichts ändert.

Wir als AfD fordern: Die Kosten der verfehlten Bundes- und Landespolitik dürfen nicht weiter auf den Schultern der Neuwieder Steuerzahler abgeladen werden. Wir müssen endlich kommunizieren, dass unsere Aufnahmekapazitäten erschöpft sind.

Drittens: Die Gefahr neuer Belastungen für die Bürger. Dieser Haushalt ist auf Kante genäht. Die Versuchung ist groß, bei den nächsten Haushaltslöchern wieder an der Steuerschraube zu drehen. Sei es die Grundsteuer oder die Gewerbesteuer.

Wir sagen ganz klar: Mit uns wird es keine weiteren Steuererhöhungen geben! Die Bürger und die lokale Wirtschaft sind bereits genug belastet. Wer jetzt die Steuern erhöht, würgt die ohnehin schwächelnde Konjunktur in Neuwied endgültig ab und treibt die Menschen weiter in die soziale Unsicherheit.

Ich darf daher zusammenfassen:

Dieser Haushaltsentwurf 2026 ist kein Entwurf des Aufbruchs, sondern ein Dokument der Verwaltung des Mangels. Er setzt die falschen Akzente. Er ist nicht mutig genug, um

unnötige Ausgaben zu streichen, und er ist nicht ehrlich genug, was die wahren Ursachen unserer Finanzmisere angeht.

Wir brauchen in Neuwied eine Kehrtwende hin zu einer Politik der fiskalischen Vernunft. Wir müssen zurück zu den Wurzeln kommunaler Verantwortung: Für ein sicheres, sauberes und funktionierendes Neuwied, das seine Bürger nicht überfordert.

Da dieser Haushalt diesen notwendigen Kurswechsel nicht erkennen lässt, wird die AfD-Fraktion ihm nicht zustimmen.

Vielen Dank

Oliver Mogwitz
Fraktionsvorsitzender